

Stadtverwaltung Cottbus · Postfach 101235 · 03012 Cottbus

Frau Annelies Buchheim Herr Volkmar Buchheim

Datum 26.11.2014

Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 26.11.2014 -Kanalanschlussbeitragsverfahren Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung von Frau Annelies Buchheim und Herrn Volkmar Buchheim vom 11.11.2014

Sehr geehrte Frau Buchheim, sehr geehrter Herr Buchheim,

Ihr Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung vom 11.11.2014 wurde mir zur Beantwortung übergeben.

Sie beschwerten sich in Ihrem Schreiben über die rücksichtslose Verfahrensweise der Stadtverwaltung Cottbus bei der Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen in Erschließungsgebieten, rügten eine Aufforderung zur Zahlung und forderten den "Widerruf" des Kanalanschlussbeitragsbescheides.

Grundlegend möchte ich jedoch kurz auf die gesetzlichen Grundlagen der Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen verweisen.

Die Beitragspflicht entsteht gem. § 8 Absatz 7 i.V.m. § 8 Absatz 4 Satz 3 KAG für leitungsgebundene Einrichtungen und Anlagen, die der Versorgung oder der Abwasserbeseitigung dienen.

Rechtsgrundlagen für die Bescheidung sind §§ 1 Absatz 1, 2 Absatz 1 und § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) i. V. m. §§ 1 ff. der Kanalanschlussbeitragssatzung der Stadt Cottbus (KABS) in der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus vom 26.11.2008, veröffentlicht im Amtsblatt für die Stadt Cottbus Nr. 15 am 13.12.2008, in Kraft seit dem 01.01.2009.

Derzeit gilt die am 26.11.2008 beschlossene Kanalanschlussbeitragssatzung, die in mehreren gerichtlichen Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Cottbus und des OVG Berlin-Brandenburg für rechtmäßig erachtet worden ist.

Beitragspflichtig sind alle Anschlussnehmer von bevorteilten Grundstücken, die an die kommunale öffentliche leitungsgebundene Schmutzwasserbeseitigungsanlage angeschlossen bzw. anschließbar sind. Dies gilt somit grundsätzlich auch für die Eigentümer von Grundstücken im Erschließungsgebiet "Cottbuser Heide". Für diese Grundstücke besteht jedoch, aufgrund ihrer Lage in Erschließungsgebieten, eine andere Situation als bei anderen beitragspflichtigen Grundstücken. Hier existiert eine Erschließungsvereinbarung vom 18.06.1998.

Geschäftsbereich/Fachbereich

Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Bürgerservice Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Karl-Marx-Straße 67 03044 Cottbus

Dienstsitz Sachgebiet Wasser/ Abwasser Berliner Straße 19-21 03046 Cottbus

Zeichen Ihres Schreibens

Ansprechpartner/-in Herr Krüger

Zimmer 3.07

Mein Zeichen II-70/ kr

Telefon 0355 350 2003

Fax 0355 350 2009

E-Mail Hartmut.Krueger@cottbus.de

Stadtverwaltung Cottbus Neumarkt 5 03046 Cottbus

Konto der Stadtkasse Sparkasse Spree-Neiße IBAN: DE06 1805 0000 3302 0000 21 BIC: WELADED1CBN

www.cottbus.de

...

Aufgrund solcher Erschließungsvereinbarungen könnte sich möglicherweise, durch die Leistungen des Erschließungsträgers ein Verrechnungsanspruch ergeben. Dies kann zur Folge haben, dass der mit dem Beitragsbescheid festgesetzte Anschlussbeitrag nicht in voller Höhe zu zahlen ist, sondern nach Verrechnung nur noch ein Teil oder gar kein zu zahlender Anschlussbeitrag verbleibt. Diese Prüfung bedarf aber auf Grund der Komplexität des Sachverhaltes, sowie der gebotenen Gründlichkeit eines längeren Zeitraumes. Dazu werden intensive Gespräche mit den Erschließungsträgern geführt. Von einer Übertragung der Beweislast auf den Bürger kann daher keine Rede sein, aber wir waren und sind für jeden Hinweis, der zur Klärung des komplexen führt dankbar. Grundsätzlich ist aber auch für Grundstücke Erschließungsgebieten ein Anschlussbeitrag festzusetzen.

Um unnötige Härten für die Bescheidempfänger zu vermeiden, wurde daher die Möglichkeit eingeräumt nach Erlass des Beitragsbescheides im Rahmen des Rechtsmittelverfahrens einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung des Bescheides bis zur Entscheidung über den Widerspruch zu stellen. Dieser Antrag wurde durch Sie gestellt und mit Schreiben vom 27.12.2013 gewährt. Da im Bereich der Erschließungsgebiete noch Klärungsbedarf besteht, wurde die Vollziehung ausgesetzt und der mit dem Bescheid festgesetzte Anschlussbeitrag muss bis zur Entscheidung über einen Widerspruch nicht gezahlt werden. Mit dem Widerspruchsbescheid erfolgt dann auch eine Entscheidung über die Höhe einer eventuellen Verrechnung.

Damit kommt einerseits die Stadt Cottbus ihrer Verpflichtung zur Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen nach und trägt andererseits der besonderen Situation in den Erschließungsgebieten Rechnung.

Ich hoffe, dass die Darlegungen der Sachlage dienlich sind.

Mit freundlichen Grüßen In Vertretung

Lothar Nicht Beigeordneter